Interview: Länger gemeinsam lernen

Früh sortierendes Schulsystem erzeugt hohes Maß an Bildungsungerechtigkeit

Bernd Dieng,
Vorsitzender des Vereins „Länger Gemeinsam Lernen Baden-Württemberg“

Die Gemeinschaftsschulen haben von der Bildungspolitik bereits bei ihrer Einführung große Probleme in die Wiege gelegt bekommen, sagt Schulfachmann Dieng. FOTO: DPA

Bernd Dieng gehörte vor zehn Jahren zu den „Schulrebellen“, die das längere gemeinsame Lernen forderten. Er ist Fachleiter am Seminar für Lehrerbildung in Meckenbeuren. Was er und viele andere Schulleiter damals allerdings nicht forderten, war eine zusätzliche Schulart. Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule (GMS) warnten sie die Kultusverwaltung vor einer weiteren Segmentierung der Sekundarstufe.

Staatsanzeiger: *Herr Dieng, wo steht die Gemeinschaftsschule fünf Jahre nach ihrer Gründung Ihrer Meinung nach heute?*

Bernd Dieng: In vielen Gemeinschaftsschulen leisten die Lehrkräfte hochengagierte, innovative Arbeit. Dabei fehlt bei der Entwicklung neuer Konzepte oft die nötige Unterstützung durch die Kultusverwaltung. Die GMS leistet Pionierarbeit, bringt frischen Wind in das System und löst den weltweit üblichen verbindlichen Ganztag konsequent ein. Außerdem beschult sie viele Kinder mit Förderbedarf und trägt im Sekundarbereich den größten Teil der Reformlast und der gesellschaftlichen Herausforderungen. Hier leistet keine andere Schulart Ähnliches.

Sie fordern seit Jahren, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen, sie nicht schon in der vierten Klasse leistungsbezogen auf weiterführende Schulen zu schicken. War die Gemeinschaftsschule die richtige Antwort?

Vor über zehn Jahren forderten wir in einem offenen Brief zusammen mit über 100 Schulleitungen aus dem Bodenseekreis und dem Kreis Ravensburg das international übliche „längere gemeinsame Lernen“. Im Übrigen eine Forderung, für die sich auch bei aktuellen Umfragen eine klare Mehrheit ausspricht – zumindest für eine sechsjährige Grundschule. Was wir damals nicht forderten, war eine zusätzliche Schulart zu den bereits bestehenden. Die Bildungsforschung benennt klar, dass ein integratives Schulsystem wie die GMS seine Vorteile nicht neben einem parallel dazu existierenden selektiven System entfalten kann. Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule warnten wir die Kultusverwaltung wiederholt vor den Folgen einer weiteren Segmentierung der Sekundarstufe.

Was sind die größten Probleme der Gemeinschaftsschule?

Unser hierarchisch gegliedertes System erzeugt den hinreichend erforschten „Creaming-Effekt“, das heißt die leistungsfähigen Kinder werden „abgeschöpft“, und das integrierte System einer GMS erreicht nicht die notwendige Durchmischung eines Jahrgangs. 65 Prozent der Schüler an GMS haben eine Empfehlung für die Haupt- und Werkrealschule, nur etwa acht Prozent eine fürs Gymnasium. Mit Ausnahme von Deutschland und Österreich haben in den letzten 40 Jahren alle Staaten, die ein gegliedertes Schulsystem praktizierten, auf ein „längeres gemeinsames Lernen“ umgestellt, meist bis Klasse acht oder neun – ohne weitere Schularten beizubehalten. Die Bildungspolitik hat somit der GMS, die meist aus Haupt- oder Werkrealschulen erwuchs, bereits bei ihrer Einführung große Probleme in die Wiege gelegt.

Ursprünglich sollte mit Einführung der Gemeinschaftsschule nach und nach ein Bildungssystem auf zwei Säulen etabliert werden...

Anders als in Schleswig-Holstein oder Hamburg fehlte bei uns der politische Mut und die Durchsetzungskraft. Hinzu kam, dass die GMS ständig in die Mühlen der Parteiideologie geriet und von verschiedenen Seiten angezweifelt wurde. Das rächt sich heute in einer Sekundarstufe, die in der „äußeren Differenzierung“ des gegliederten Systems mit all seinen Sortierungsproblematiken verharrt und weiterhin Bildungsverlierer an Haupt-, Werkreal- und zum Teil nun eben auch an GMS produziert. Diese Problematik wird noch verschärft, da diese Schularten die Inklusion in der Sekundarstufe eins fast im Alleingang und mit unzureichenden Ressourcen bewältigen. Den schwächsten Kindern werden die schwierigsten Lernbedingungen zugemutet. Dazu passen die aktuellen desaströsen Vera-8-Ergebnisse der Sekundarstufe I in den Schularten mit problematischen Lernmilieus.

Was müsste geschehen, um diesen noch jungen Schultyp fest in Baden-Württemberg zu verankern?

Darum geht es nicht. Es geht darum, wie wir unsere vielen Sekundarschularten zusammenführen. Und wie diese Schule dann zieldifferent und individualisiert mit Heterogenität umgeht. Der Name dieser Schulart ist dabei völlig unbedeutend.

Warum können Sie nicht der Argumentation folgen, dass durch die frühe Trennung und die Vielfalt der verschiedenen Schularten danach ein begabungsgerechtes Schulangebot vorgehalten wird?

Für die Kinder bedeutet die frühe Trennung nach Klasse vier oft eine hohe soziale und psychische Belastung mitten in einer sensiblen Entwicklungsphase, warnen Bildungsforscher. Die Schüler müssen sich dem Schulsystem anpassen und laufen Gefahr, nicht auf der richtigen Schulart zu sein. Unser früh sortierendes System erzeugt ein hohes Maß an Bildungsungerechtigkeit.

Kultusministerin Eisenmann orientiert sich derzeit besonders an den Bundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg, die bei den Schulleistungstests kräftig zugelegt haben ...

Das ist gut so. Aber eines wird übersehen: Sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein haben ihre Sekundarstufe von sechs Schularten auf zwei reduziert, um endlich die nötige Ruhe ins System zu bringen, eine Konzentration von Risikoschülern zu vermeiden und sich so stärker auf die Unterrichtsqualität konzentrieren zu können. Dieses Vorgehen lehnt Frau Eisenmann ab, da sie keine erneute Strukturdebatte und Unruhe erzeugen möchte. Hauptursachen für die Unruhe im System sind jedoch das aufwendige frühe Sortieren unserer Kinder und der Konkurrenzkampf zwischen den Schularten.

Das Gespräch führte Katy Cuko

Viele Länder trennen Schüler erst ab 14 Jahren

Laut PISA-Studie 2015 werden im OECD-Schnitt die Jugendlichen erst ab dem Alter von 14 Jahren in verschiedene Schulformen aufgeteilt, in Baden-Württemberg bereits mit zehn Jahren.

Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die Kluft zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg umso geringer ist, je später die Schüler in verschiedene Bildungsgänge sortiert werden.

Wenig bekannt ist zudem, dass die leistungsstärksten Gymnasiasten aus Baden-Württemberg bei PISA-Vergleichen nicht mit der Leistungsspitze der besten Staaten mit integrativen Schulen wie zum Beispiel in Kanada, in Neuseeland oder in Estland mithalten können. Dort werden die Kinder erst im neunten oder zehnten Schuljahr nach Schularten getrennt.